Satzung zur 2. Änderung der Satzung der Gemeinde Stein über die Entschädigung der in der Gemeinde Stein tätigen Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07. Juli 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 200) sowie der Landesverordnung über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung - EntschVO) vom 19.03.2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 150), zuletzt geändert durch Landesverordnung zur Änderung der Entschädigungsverordnung vom 12.10.2015, (GVOBl. Schl.-H. S. 366) und der Landesverordnung über die Entschädigung der freiwilligen Feuerwehren und ihrer Stellvertretungen (Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren – EntschVOfF) vom 19.02.2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 133) zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 14.11.2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 753), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung der Gemeinde Stein vom 24.02.2016 folgende Satzung zur 2. Änderung der Satzung der Gemeinde Stein vom 29.03.2004 über die Entschädigung der in der Gemeinde Stein tätigen Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, zuletzt geändert durch die 1. Nachtragssatzung vom 14.08.2014, erlassen:

Artikel 1

Die Satzung der Gemeinde Stein vom 29.03.2004 über die Entschädigung der in der Gemeinde Stein tätigen Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, zuletzt geändert durch die 1. Nachtragssatzung vom 14.08.2014, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird nachfolgend der § 1 a neu eingefügt. Dieser erhält folgende Fassung:

Eheschließungsstandesbeamtin / Eheschließungsstandesbeamter

Nach der Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 1 erhält die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister für die besondere Tätigkeit als Eheschließungsstandesbeamtin oder als Eheschließungsstandesbeamter gem. § 8 der Landesverordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes (PStGDV) eine Überschreitung des Höchstsatzes um 30 % nach § 1 Abs. 4 EntschVO.

Artikel 2

Die 2. Nachtragssatzung tritt rückwirkend am 01.07.2015 in Kraft.

Die Zustimmung der Kommunalaufsicht zu § 1a vom 23.12.2015, Az.: 142-0404/2414 wurde erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Gemeinde Stein, den _____

Gemeinde Stein
Der Bürgermeister

Peter Dieterich